

# Wirtschaftspolitische Informationen 5/2007

ver.di Bundesvorstand Berlin -  
Bereich Wirtschaftspolitik – Oktober 2007  
[www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de)



## Wirtschaftliche Risiken steigen – höhere Einkommen jetzt!

„Wirtschaftswunder“? .....	2
Aufschwung fehlt Triebkraft .....	3
Die US-Immobilienkrise.....	5
... und ihre globalen Folgen .....	6
Binnenmarktentwicklung mit Risiken .....	7
Agenda-Politik verstärkt Risiken.....	7
Arbeitsmarktentwicklung: Die Fakten .....	9
Abschwung für Einkommen .....	12
Aktive Wirtschafts- und Tarifpolitik überfällig .....	13
Öffentlicher Dienst: Jetzt sind die Beschäftigten dran! .....	13
Rahmenbedingungen verbessern!.....	14

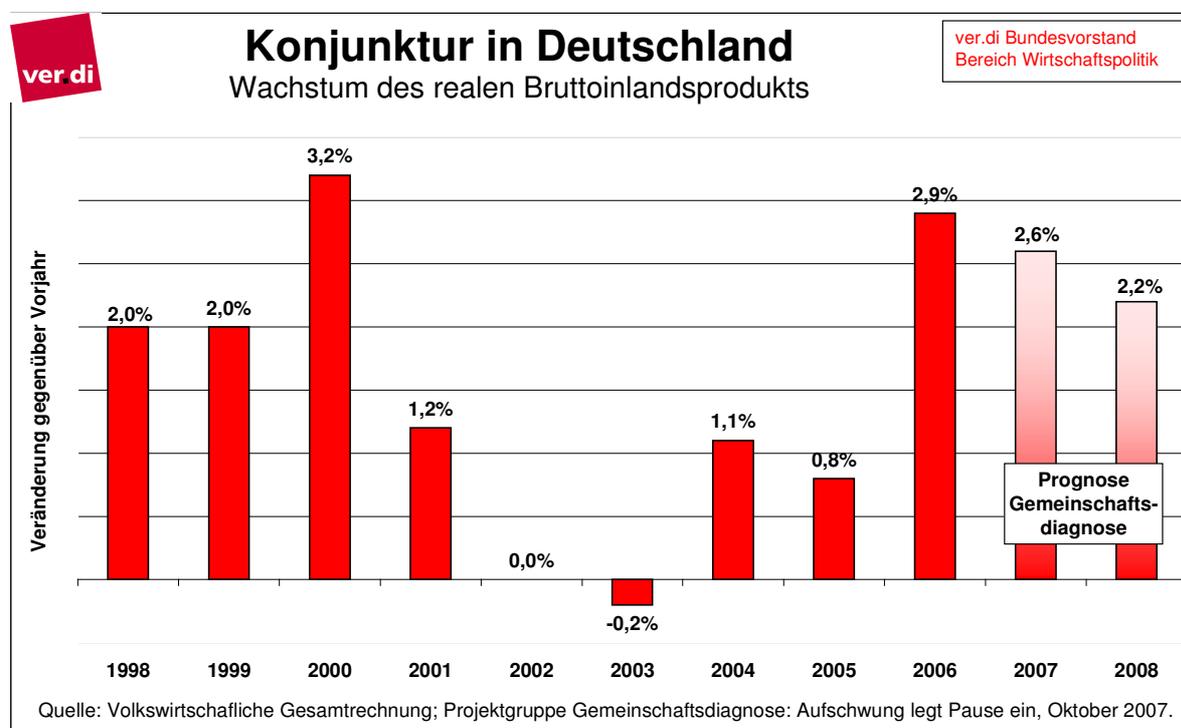
## „Wirtschaftswunder“?

Alle reden vom Aufschwung. Außenminister Steinmeier beschreibt die Lage geradezu euphorisch: „Wir erleben gerade ein neues Wirtschaftswunder.“<sup>1</sup> Dafür habe die rot-grüne Agenda-Politik die Basis gelegt. „Die SPD kann stolz darauf sein, dafür werbe ich“, bekräftigt Steinmeier. Ein derartiges „Wunder“ gibt es jedoch bestenfalls für einen ganz kleinen Kreis von Reichen. Zum Beispiel die Chefs der 30 DAX-Unternehmen. Sie hatten in den vergangenen fünf Jahren ein Plus von 50 Prozent. Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung spürt vom Aufschwung jedoch nichts.

Die jüngst erschienene Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute urteilt nüchterner: „Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer robusten konjunkturellen Verfassung.“<sup>2</sup> Gleichwohl werden bisherige Prognosewerte nach unten korrigiert. Und die weitere Einschätzung lautet: „Aufschwung legt Pause ein!“

Es stellen sich zwei entscheidende Fragen:

1. Was sind die Ursachen für den wirtschaftlichen Aufschwung? Und welche Rolle spielen hierbei die „Arbeitsmarktreformen“?
2. Welche zukünftige wirtschaftliche Entwicklung ist zu erwarten? Und welche Risiken bestehen?



<sup>1</sup> Frank-Walter Steinmeier im SPIEGEL vom 14. Juli 2007.

<sup>2</sup> Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Aufschwung legt Pause ein, Herbst 2007, S. 55.

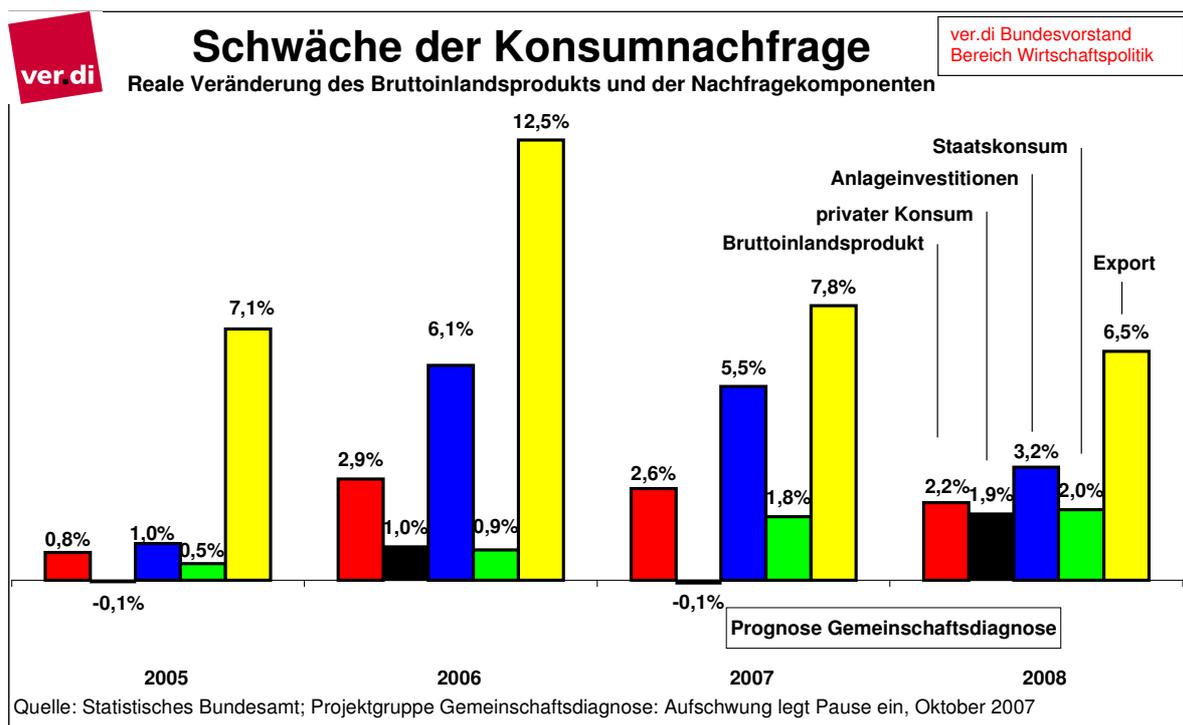
## Aufschwung fehlt Triebkraft

Ursache des im Jahr 2006 einsetzenden Aufschwungs waren ein

- konjunkturbedingter Anstieg der Investitionen in Maschinen und Gebäude (Anlageinvestitionen) und eine
- nochmalige Erhöhung der Exporte.

Beide Komponenten sind jedoch nicht in der Lage, einen Aufschwung längerfristig auf Trab zu halten. Die Investitionsbelebung war vorrangig der Tatsache geschuldet, dass Unternehmen nach einer längeren Phase der Investitionszurückhaltung investieren müssen um alte Gebäude und Maschinen zu ersetzen. Ansonsten würde bald gar nichts mehr laufen. Diese Erneuerungsphase ist jedoch nach einiger Zeit abgeschlossen. Dies spiegelt sich auch in der Gemeinschaftsdiagnose wider, die bei den Ausrüstungsinvestitionen ein gebremstes Wachstum prognostiziert: +5,5 Prozent in diesem und nur noch +3,2 Prozent in 2008. Zu Beginn des Aufschwungs 2006 betrug der Anstieg der Investitionen noch über sechs Prozent. Ob Investitionen wieder stärker zu einem Motor des Wachstums werden, hängt im weiteren Konjunkturverlauf von den Absatzaussichten ab. Also in welchem Umfang der private Konsum ansteigt. Hierauf wird noch ausführlich eingegangen.

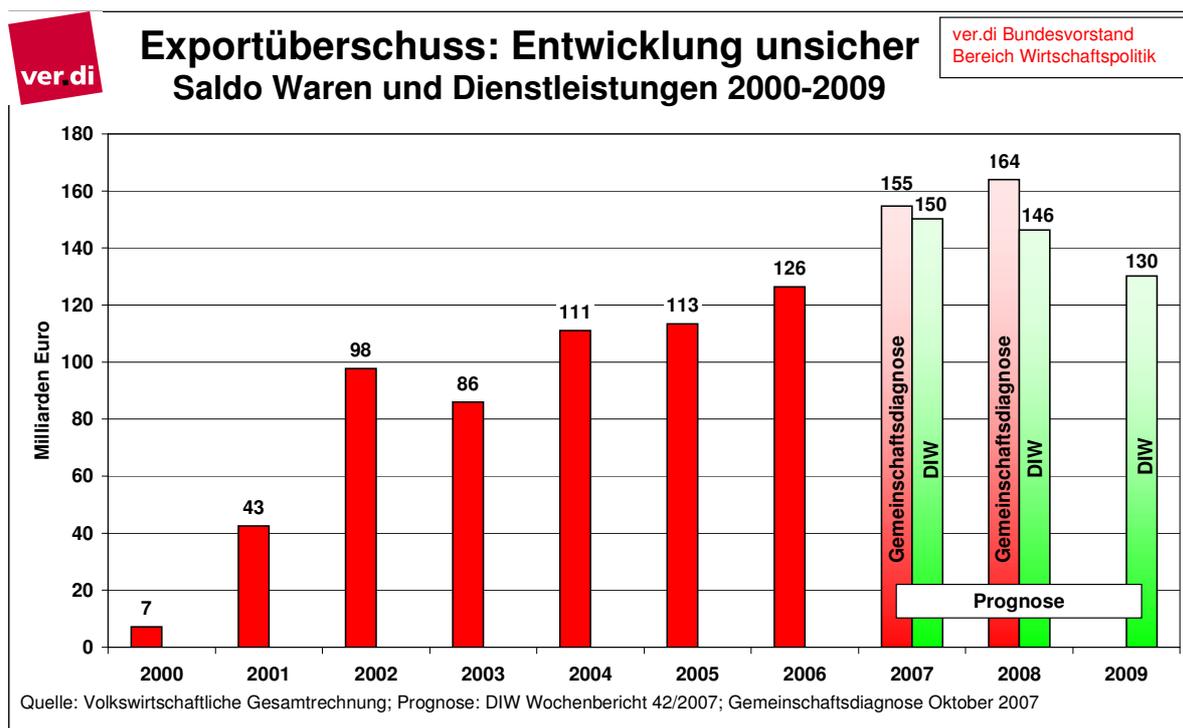
Auf der anderen Seite hat sich seit 2000 der Exportüberschuss auf 126 Milliarden Euro fast verzwanzigfacht. Diese Entwicklung hängt mit der hohen Produktqualität und der Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zusammen. Aber auch mit der



international stark hinterherhinkenden Lohnentwicklung in Deutschland. Vor allem das Lohndumping im Dienstleistungsbereich ist hierfür verantwortlich: Der deutsche Export wird mittlerweile zur Hälfte von Beschäftigten im Dienstleistungssektor erwirtschaftet. Vor allem Verkehrs- und Großhandelsleistungen und unternehmensnahe Dienstleistungen vom Call-Center bis hin zu Wach- und Sicherheitsdiensten haben eine wachsende Bedeutung für die Exportwirtschaft. So können Unternehmen ihre hochqualitativen Produkte und Dienstleistungen auf den Weltmärkten zu Preisen anbieten, bei denen die internationale Konkurrenz immer weniger mithalten kann. Die Exportsteigerung stößt jedoch zunehmend an Grenzen, zumal auch die Risiken der weiteren Entwicklung steigen.

Zwar läuft der Export derzeit noch sehr gut. Im ersten Halbjahr 2007 übertrafen die Exporte den Rekordwert vom Vorjahr noch einmal um knapp 10 Prozent. Auf Jahr gerechnet erwarten die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute einen deutlichen Anstieg des Exportüberschusses – Export minus Import – auf über 150 Milliarden Euro. Für 2008 und 2009 gehen die Einschätzungen jedoch auseinander: Während in der Gemeinschaftsdiagnose ein weiterer Anstieg auf 164 Milliarden Euro prognostiziert wird, rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) mit einem Rückgang auf 146 Milliarden Euro in 2008 und 130 Milliarden Euro in 2009.

Die Exportentwicklung ist in der Tat nicht ohne Risiken: Zum einen bricht der Kurs des Euro immer neue Rekorde. Ende September stieg er zum ersten Mal seit seiner Einführung über die Marke von 1,40 Dollar – Tendenz weiter steigend. Zusammen



mit dem weiter nach oben kletternden Ölpreis führt das dazu, dass deutsche Produkte im außereuropäischen Ausland teurer werden. Hinzu kommen steigende Risiken über die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft im Zuge der US-Immobilienkrise. Dies wird Bremswirkungen auf den Export haben. Einige Kommentatoren sehen in Anbetracht der US-Immobilienkrise für die Zukunft sogar ganz schwarz: „Wir stehen am Abgrund eines globalen Wirtschaftsabschwungs,“ so der Kommentator der *Financial Times Deutschland*, Wolfgang Münchau, in der Ausgabe vom 26. September 2007.

## Die US-Immobilienkrise...

Auslöser der US-Immobilienkrise waren Zinssteigerungen in den USA. Eine ganze Zeit lang waren Zinsen verlockend niedrig, Immobilienpreise stiegen. Viele Menschen hatten deshalb den Sprung zu den eigenen vier Wänden gewagt, auch wenn sie hohe Kreditbelastungen eingingen. Vielen haben Banken und Immobilienmakler einen Hauskauf geradezu aufgedrängt – so entstand das „zweitklassige Segment“ (englisch: subprime). Das ging solange gut, wie die Immobilienpreise stiegen und die Zinsen niedrig waren. Im Notfall konnte ein Haus mit Gewinn wieder verkauft werden. Doch der Wind drehte sich. Die Zinsen stiegen, Preise begannen zu bröckeln. Immer mehr Eigentümer können Zins und Tilgung nicht mehr aufbringen. Sie verlieren ihre Häuser und sind plötzlich hoch verschuldet.

Hypotheken wurden so zu faulen Krediten. Eigentlich nur ein Problem der USA – sollte man meinen. Das besondere Problem war jedoch, dass Kredite – inklusive der Ansprüche an Zins und Tilgung – vorher zur internationalen Handelsware gemacht worden waren. Wertpapierhändler kauften Kredite, fassten sie zu neuen Wertpapierbündeln zusammen und verkauften sie weltweit weiter.

*„Man hat einen Weg gefunden, aus Mist Geld zu machen.“*

Financial Times Deutschland vom 15. August 2007, Seite 24.

So lange ein Boom anhält, können solche Wertpapiere lukrative Anlagen sein. International agierende Großanleger, zum Beispiel Pensionsfonds oder Hedgefonds, reißen sich darum und treiben den Preis immer höher. Als die den Wertpapieren zugrunde liegenden Kredite massenhaft faul wurden, platzte die Blase. Verdienen wollten auch die deutsche Mittelstandsbank IKB und die Landesbank Sachsen. Letztere konnte die Pleite nur durch einen Notverkauf an die Landesbank Baden-Württemberg verhindern. Die IKB musste mit Milliarden Euro in einer Nacht-und-Nebel-Aktion gestützt werden.

## ... und ihre globalen Folgen

Plötzlich saßen Anleger wie kreditgebende Banken auf wertlosen Papieren und machten so Milliardenverluste. Die Folge: Die Banken als gebrannte Kinder schauen bei Krediten nun genauer hin. Die Zinsen steigen, so dass es für Unternehmen teurer wird, Kredite für Investitionen zu bekommen.

*„Insgesamt lässt sich festhalten, dass die negativen Auswirkungen einer verschärften Immobilienkrise in den USA auf die deutsche Wirtschaft (...) erheblich sein könnten.“*

Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2007, S. 35

Gleichzeitig können amerikanische Konsumenten sich weniger leisten. Steigende Immobilienpreise hatten es ihnen erleichtert, ihren Konsum massiv über Kredit zu finanzieren. Die amerikanische Sparquote war in den letzten Jahren sogar negativ. Die Amerikaner gaben also mehr aus als sie einnahmen. Da der private Konsum für rund 70 Prozent des amerikanischen Bruttoinlandsprodukts verantwortlich ist, schlägt ein gebremstes Konsumverhalten sofort auf das Wachstum durch. Massive Auswirkungen auf die globale Wirtschaft könnten die Folge sein.

Die USA sind immer noch der Motor der Weltwirtschaft. Und wenn der stottert, hat dies globale Auswirkungen – insbesondere für exportabhängige Länder wie Deutschland.

Steigende Zinsen sind aber nicht nur ein Problem für amerikanische Konsumenten. Auch andere Länder hatten sich auf niedrige Zinsen eingestellt und immer mehr Kredite an die Frau und den Mann gebracht. Das hat das Immobiliengeschäft und den Konsum beflügelt. Ein Nachfrageschub für die Wirtschaft. Steigende Zinsen können dann jedoch schnell das ganze Kartenhaus zum Einsturz bringen. Wie in England, wo die Hypothekenbank Northern Rock plötzlich in Zahlungsschwierigkeiten wegen platzender Kredite geraten war. Die Bank war dafür bekannt, besonders großzügig Immobilienkredite zu vergeben.

Die ganze Dimension der Immobilienkrise wird aber erst in den nächsten Monaten, vielleicht sogar erst in ein bis zwei Jahren deutlich werden. Denn erst nach und nach laufen die alten Kreditverträge aus. Dann wird sich zeigen, ob die Anschlussfinanzierungen mit dann höheren Zinsen von den Kreditnehmern getragen werden können. Offensichtlich sehen auch die amerikanische Regierung und die Finanzwelt noch erhebliche Risiken: Für einen vom US-Finanzministerium angeregten Kreditkrisenfonds stellen US-Großbanken bereitwillig 80 Milliarden Euro zur Verfügung.

Statt nachsorgendem Krisenmanagement ist jedoch eine vorausschauende Regulierung der Finanzmärkte überfällig. Mittlerweile gibt es eine Fülle von Forderungen, um den Finanzkapitalismus zurückzudrängen und seine schädlichen Wirkungen einzugrenzen. Sie müssen angegangen und umgesetzt werden.<sup>3</sup>

## **Binnenmarktentwicklung mit Risiken**

Angesichts wachsender Risiken, die sich bereits in einer Rücknahme der Wachstumsaussichten niedergeschlagen haben, wird eine Stärkung der Binnennachfrage und ein Schub beim privaten Konsum immer wichtiger. Tatsächlich geschieht gegenwärtig genau das Gegenteil. Die Mehrwertsteuererhöhung macht sich mit einiger Verzögerung nun in deutlich steigenden Preisen bemerkbar. Der private Konsum wird allein hierdurch mit rund 25 Milliarden Euro belastet. Hinzu kommen noch weitere dauerhafte Belastungen wie die Abschaffung der Eigenheimzulage, die Erhöhung der Versicherungssteuer oder die Kürzung der Pendlerpauschale.

Auch die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt im aktuellen Aufschwung führt nicht mehr im gleichen Maße wie früher zu einer Stärkung der Konsumnachfrage. Dies ist neben der Mehrwertsteuererhöhung der zweite entscheidende Grund, weshalb bislang der private Konsum nicht angesprungen ist.

## **Agenda-Politik verstärkt Risiken**

In der aktuellen Gemeinschaftsdiagnose wird die Vermutung geäußert, Schröders Agenda 2010 und vor allem Hartz IV hätten „einen Beitrag“ zum konjunkturellen Aufschwung geleistet. Auch Steinbrück, Steinmeier und andere führende Sozialdemokraten werden nicht müde zu behaupten, die Agenda 2010 sei für den Abbau der Arbeitslosigkeit verantwortlich.

Nur: Wie soll dieser „Beitrag“ zum Aufschwung aussehen, da es im Kern doch ums „Fördern und Fordern“ geht? Oder im Klartext: Um die Erhöhung der Repression und Druck auf die Löhne. Dies bestätigt indirekt auch eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB).<sup>4</sup> Unter der Überschrift „Hartz-IV-Reform: Impulse für den Arbeitsmarkt“ wird berichtet, dass jeder fünfte Betrieb angegeben habe, dass die Bereitschaft zu Zugeständnissen bei arbeitslosen Bewerbern gestiegen ist. Das wird als Erfolg von Hartz-IV gefeiert.

---

<sup>3</sup> Vgl. ver.di-Bundesvorstand (Hrsg.): Finanzmarktkapitalismus. Geldgier in Reinkultur, Berlin 2007.

<sup>4</sup> IAB-Kurzbericht, Nr. 19, 1.10.2007.

Hartz IV zwingt Arbeitslose in Dumpingjobs. Dies als Erfolg und Beitrag zum Wachstum zu verkaufen ist zynisch.

Man könnte es auch anders ausdrücken: Blanke Not treibt die Erwerbslosen dazu jeden Job, der ihnen angeboten wird, anzunehmen. Sonst droht die Leistungskürzung. Es gibt keinen Schutz durch Zumutbarkeitsregeln mehr. Gut qualifizierte und bislang anständig bezahlte Beschäftigte können bereits nach einem Jahr Arbeitslosigkeit gezwungen werden für 4,50 Euro in der Stunde irgendwo den Hof zu fegen. Oder sie müssen sich bei einem Leiharbeitgeber für 6,30 Euro die Stunde verdingen. Um dann genau in das Unternehmen verliehen zu werden, von dem sie zuvor gekündigt worden sind, und wo sie elf Euro die Stunde verdient hatten. Diese Entwicklung führt nicht nur zu Verschlechterungen bei den unmittelbar Betroffenen. Vielmehr geraten die Lohnstrukturen in vielen Branchen weiter ins Rutschen.

All das und noch mehr ist möglich in Anbetracht von zunehmender Befristung und Leiharbeit sowie Minijobs und bei Fortfall der Zumutbarkeitsregeln für Erwerbslose. Für die Betroffenen ist die Lebenslage verschlechtert, häufig in einer menschenunwürdigen Weise. Sie braucht man nicht zu fragen, ob sie etwas vom Aufschwung spüren. Agenda 2010 und Hartz IV heißt für Millionen von Menschen Abschwung, ja Absturz ihrer Lebenssituation.

Der Aufschwung war keine verspätete Folge der Agenda 2010 oder sogar der Hartz-Gesetze.

Aber bringt der Abbau der Arbeitslosigkeit und die damit einhergehende Zunahme der Beschäftigung nicht automatisch einen Konsumschub? Dies prognostiziert jedenfalls die Mehrheit der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute und unternehmensnahe Ökonomen. Einzelne sehen den Konsum angesichts der „günstigen Arbeitsmarktentwicklung“ sogar als „Wachstumstreiber“<sup>5</sup> oder „Expansionsmotor“<sup>6</sup>. Dies wäre auch zu erwarten, wenn der Abbau der Arbeitslosigkeit sich primär aus der Schaffung tariflich bezahlter Vollzeitstellen speisen würde. Dies ist aber nicht so! Der Abbau der Arbeitslosigkeit bringt in diesem Aufschwung nur eine vergleichsweise schwache Stärkung von Arbeitseinkommen und Nachfrage.

---

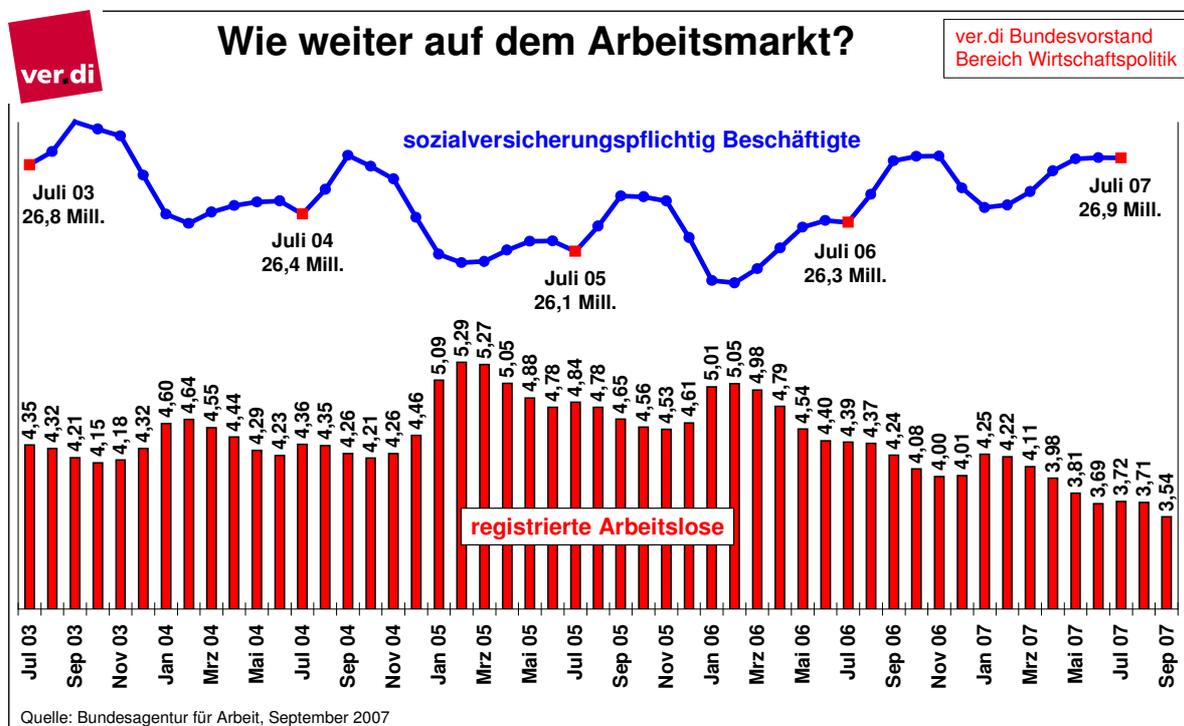
<sup>5</sup> So das Institut der deutschen Wirtschaft (iw) in seiner Herbstprognose vom September 2007.

<sup>6</sup> DIW-Wochenbericht, Nr. 42 vom 16. Oktober 2007, S. 611.

## Arbeitsmarktentwicklung: Die Fakten

Durch die Wachstumsbelegung ist die Arbeitslosigkeit bis September 2007 auf gut 3,5 Millionen gesunken. Dies bedeutet gegenüber September 2006 einen Rückgang der Arbeitslosigkeit um knapp 700.000. Im gleichen Ausmaß stieg die Zahl der Erwerbstätigen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse ist zwischen Juli 2006 und Juli 2007 (neuere Daten liegen noch nicht vor) um rund 550.000 angestiegen. Hört sich gut an.

Leider ist nicht alles Gold was glänzt. Weil die Politik falsche arbeitsmarktpolitische Weichen gestellt hat, stellen die Unternehmen zunehmend Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen ein. Sie machen über die Hälfte der neuen Jobs aus. Gegenüber 2004 hat sich deren Anzahl bis Mitte 2007 auf knapp 800.000 fast verdoppelt.<sup>7</sup> Zwischen Juni 2006 und Juni 2007 sind allein rund 200.000 Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter eingestellt worden. Sie verdienen 20 bis 40 Prozent unter dem Tariflohn der jeweiligen Branche und lassen sich innerhalb kürzester Zeit wieder an die ausleihende Firma zurückgeben. Da sie dort häufig nur befristet eingestellt sind, besteht die Gefahr, dass sie nach Auslaufen des Arbeitseinsatzes wieder auf der Straße stehen. Jeder achte Leiharbeiter verdient so wenig, dass er seinen Lebensunterhalt davon



<sup>7</sup> Die Leiharbeits-Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) wird mit einer Verzögerung von sieben bis zwölf Monaten veröffentlicht. Um aktuellere Daten zu erhalten befragt das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) seit kurzem im Auftrag des Bundesverbandes Zeitarbeit (BZA) regelmäßig rund

allein nicht bestreiten kann und zusätzlich auf staatliche Leistungen angewiesen ist.

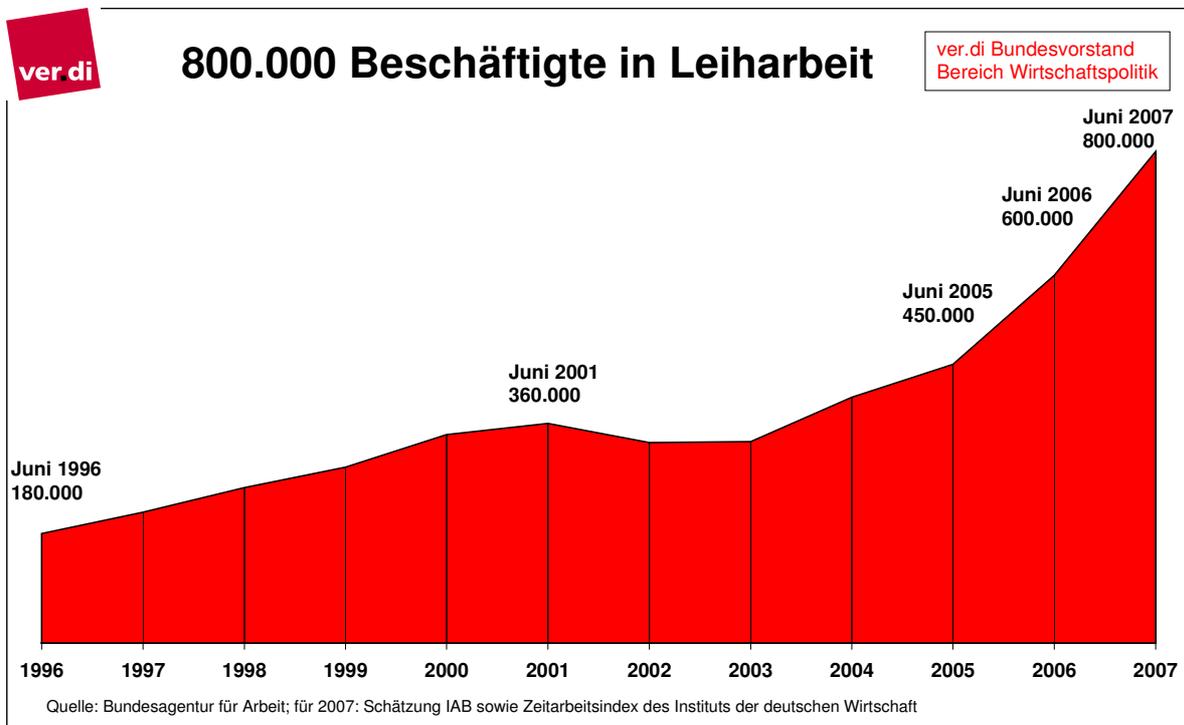
Leiharbeit und Dumpinglöhne verhindern, dass der Abbau der Arbeitslosigkeit zu einem Schub bei der Binnennachfrage führt.

Im Ergebnis verschwinden zwar immer mehr Arbeitslose aus der Arbeitslosenstatistik. Sie erhalten aber mit ihrem Job kaum mehr Einkommen als vorher. Viele sogar so wenig, dass sie weiterhin aufstockendes Arbeitslosengeld II erhalten. Inzwischen gibt es über eine Million solcher „Aufstocker“, die sich trotz Arbeit kaum etwas leisten können. So bleiben Nachfrageeffekte gering.

Hinzu kommt ein weiterer Faktor: Die demographische Entwicklung. Während im letzten Aufschwung das Erwerbstätigenpotential noch deutlich zunahm, geht es im derzeitigen Aufschwung erstmals zurück. Kaum noch Zuwanderung und weniger Junge entlasten zunehmend den Arbeitsmarkt.

*„Der Druck auf Arbeitslose hat bisher keine Spuren in der Beschäftigung hinterlassen. Im Gegenteil (...) Die Arbeitslosen haben insofern verloren, als dass sie unnötig unter Druck gesetzt worden sind.“*

IMK-Report, Nr. 20, Juni 2007, S. 3

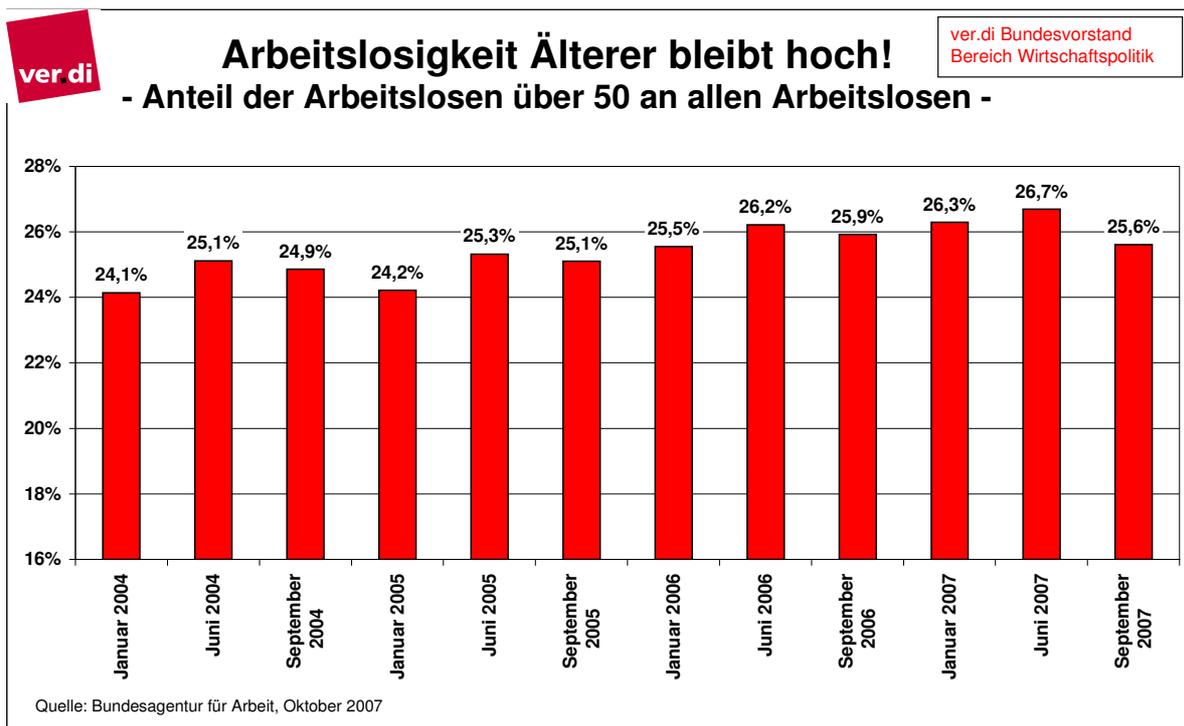


900 BZA-Mitgliedsunternehmen, die knapp 18 Prozent des Marktes repräsentieren. Damit ist eine repräsentative Hochrechnung möglich.

Sieht die Bilanz für die älteren Arbeitslosen in diesem Aufschwung denn wenigstens besser aus? Sind Arbeitslose über 50 Jahre stärker in Beschäftigung gelangt als andere Arbeitslose? Zwar hat die Arbeitslosigkeit von Personen über 50 Jahre zwischen September 2006 und September 2007 erfreulicherweise um 190.000 oder 17 Prozent abgenommen. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen hat aber noch im Juni 2007 mit 26,7 Prozent einen neuen Rekord erreicht. Bis September 2007 ist der Anteil – wie in allen Jahren – saisonbedingt etwas zurückgegangen. Mit 25,6 Prozent liegt er aber mit 0,3 Prozentpunkten nur minimal unter dem Wert vom September 2006 (25,9 Prozent), aber immer noch deutlich über den September-Werten der Jahre davor. Würde man noch die 225.000 Empfänger von Arbeitslosengeld, die nicht als arbeitslos geführt werden, weil sie die vorruhestandsähnliche Regelung des § 428 SGB III in Anspruch nehmen, hinzurechnen, läge der Anteil der über 50jährigen an allen Arbeitslosen sogar bei 32 Prozent.

Und für die über 50-Jährigen gilt natürlich auch das, was für alle im Aufschwung neu entstandenen Jobs gilt: Anstieg der Leiharbeit, geringfügig bezahlte Arbeit, Ein-Euro-Jobs, Lohndumping, längere Arbeitszeiten, mehr und oft unbezahlte Überstunden. Die erfolgte Flexibilisierung der Arbeitszeit macht dies möglich.

Nicht die Agenda 2010 und Hartz IV, sondern der konjunkturelle Aufschwung, die Exporte und die Demografie sind für den Abbau der Arbeitslosigkeit verantwortlich.



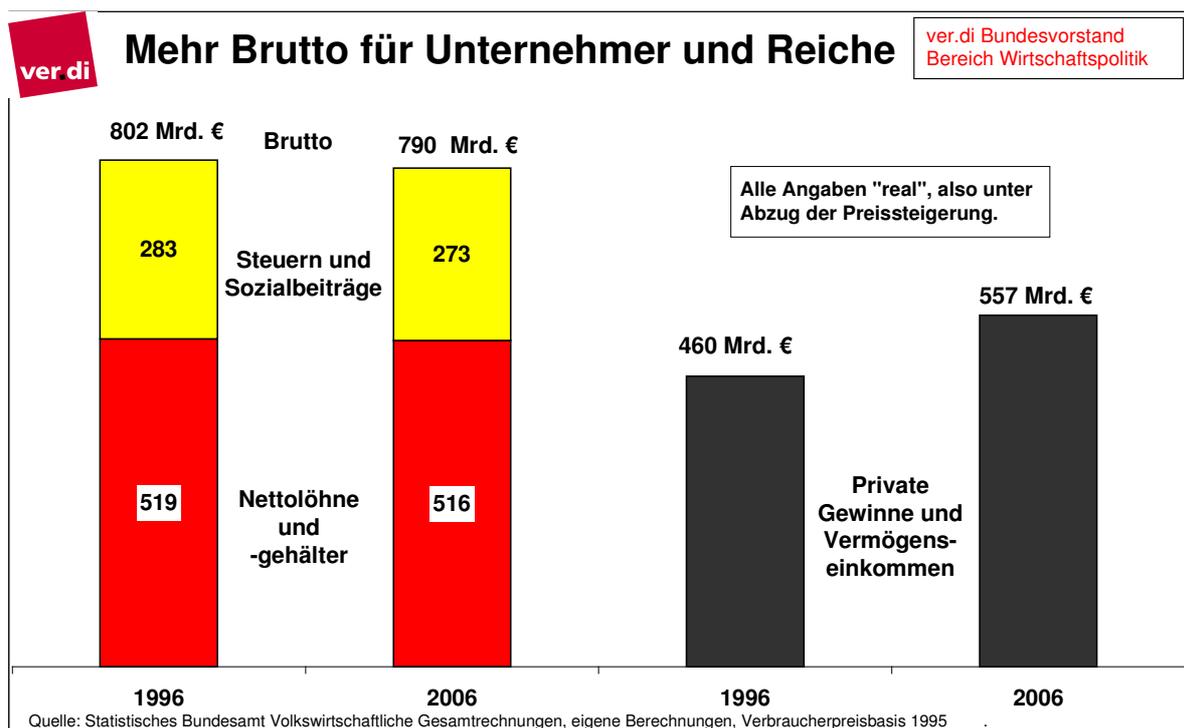
## Abschwung für Einkommen

Nach aktuellen Zahlen des Arbeitsministerium haben Beschäftigte unter Berücksichtigung der gestiegenen Preise – also „real“ – in 2006 im Durchschnitt netto weniger verdient als noch 1997. „BILD“ nutzte diese Zahlen um das Vorurteil vom „Moloch“ Staat aufzuwärmen. Andere Zeitungen schlugen in die gleiche Kerbe. Tatsächlich hat dieser Rückgang jedoch nichts mit gestiegenen Abgaben und Steuern zu tun. Das Verhältnis von Netto- zum Bruttolohn ist in den vergangenen Jahren stabil geblieben. Der Anteil der Sozialbeiträge an der Wirtschaftsleistung ist sogar gesunken.

Einmal mehr erweist sich die Behauptung vom „Moloch Staat“ als unhaltbare Legende.

Auch kann die Zunahme von Teilzeit nicht als Erklärung für sinkende Nettoeinkommen angeführt werden. Viele sind nur mangels Alternative in Teilzeitbeschäftigung, oder von Voll- in Teilzeitbeschäftigung, vielfach sogar in Minijobs, gedrängt worden. Letzteres grassiert besonders im Einzelhandel, wo massenhaft Vollzeit Arbeitsplätze in nicht sozialversicherungspflichtige Minijobs umgewandelt worden sind.

Das eigentliche Problem sind die Bruttolöhne. Zwar gab es hier leichte Steigerungen, allerdings wird nach Berücksichtigung der Preissteigerung aus dem leichten Plus ein Minus. Kein Wunder, konnten doch angesichts des massiven Widerstands der Arbeitgeberseite und der durch Hartz IV erzwungenen Billigtlöhner vielfach nicht einmal Lohnerhöhungen in Höhe der Inflation in Tarifverhandlungen durchgesetzt werden.



Entsprechend sanken zwischen 1996 und 2006 die gesamten Bruttoeinkommen – in Preisen von 1995 gerechnet – von 802 Milliarden Euro auf 790 Milliarden Euro. Dass daran nicht die Steuern und Abgaben – also der Staat – Schuld waren, zeigt, dass auch die Steuern und Sozialbeiträge sich real von 283 Milliarden Euro auf 273 Milliarden Euro reduziert haben. Dieser Rückgang der Abgaben ist sogar dafür verantwortlich, dass sich die gesamten Nettolöhne und -gehälter „nur“ von 519 Milliarden Euro auf 516 Milliarden Euro reduziert haben.

Die Gewinner sind wieder einmal die Gewinn- und Vermögensempfänger. Deren Bruttoeinkommen stieg – ebenfalls in Preisen von 1995 gerechnet – um über 20 Prozent von 460 Milliarden Euro auf 557 Milliarden Euro.

## **Aktive Wirtschafts- und Tarifpolitik überfällig**

Im Frühjahr hatten die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute noch mit einem Anstieg des Konsums der privaten Haushalte um knapp ein Prozent gerechnet. Tatsächlich wird er 2007 jedoch sogar leicht schrumpfen. Angesichts der geschilderten Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt kein Wunder. Nun gilt der Optimismus dem Jahr 2008. Laut aktueller Gemeinschaftsdiagnose wird der private Konsum dann um fast zwei Prozent ansteigen. Dazu müssen die Bruttolöhne und -gehälter allerdings deutlich steigen: Laut Prognose vom ersten zum zweiten Halbjahr 2007 von +1,5 Prozent auf +2,6 Prozent. Im ersten Halbjahr 2008 wird ein weiterer Anstieg um 3,1 Prozent erwartet. Diese Entwicklung setzt allerdings voraus, dass die Löhne in den anstehenden Tarifverhandlungen – im Einzelhandel wie im öffentlichen Dienst – deutlich erhöht werden. Nur dann kann der private Konsum tatsächlich zum „Expansionsmotor“ werden.

Steigende nationale und internationale Risiken erfordern eine vorausschauende Politik, d.h. eine Stärkung der Binnennachfrage.

## **Öffentlicher Dienst: Jetzt sind die Beschäftigten dran!**

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Binnenmarktschwäche kommt den anstehenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst eine hohe Bedeutung zu. Betroffen sind 1,5 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Sie waren in der Vergangenheit die Hauptleidtragenden der selbstverschuldeten Krise der Staatseinnahmen. Mit Druck auf die Tarifabschlüsse, enormer Arbeitsverdichtung und Personalabbau.

Nun hat sich die Lage der Staatsfinanzen im Zuge des Aufschwungs deutlich gebessert. Im ersten Halbjahr 2007 wurde sogar ein Überschuss im Staatshaushalt von 1,2 Milliarden Euro erzielt. Für das gesamte Jahr 2007 wird sich nach der Prognose des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) sogar ein Überschuss von knapp sieben Milliarden Euro ergeben, der sich bis 2009 auf knapp 20 Milliarden Euro ausweitet.<sup>8</sup> Volle Kassen also!

In den letzten Jahren waren für die öffentlichen Arbeitgeber „leere Kassen“ das zentrale Argument, den rund vier Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes angemessene Einkommenssteigerungen zu verweigern. Bereits in der Vergangenheit gab es jedoch keine „leeren Kassen“. Vor allem Unternehmen und Reiche wurden großzügig mit Steuererleichterungen bedacht. Nur die Beschäftigten wurden mit geringen Lohnzuwächsen, die noch nicht einmal die Preissteigerungen ausgeglichen haben, abgespeist.<sup>9</sup>

Darüber hinaus werden die Steuergesetze völlig mangelhaft und einseitig vollzogen. Dadurch verzichtet der Staat jedes Jahr auf mindestens zwölf Milliarden Euro an Steuereinnahmen. Unzureichende Prüfung und Kontrolle von Unternehmen und vermögenden Privatpersonen aufgrund personeller Unterbesetzung und der föderalen Struktur der Finanzverwaltung begünstigen systematisch Gewinne und Vermögenseinkünfte.<sup>10</sup>

Für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind kräftige Lohnsteigerungen überfällig – ein wichtiger Beitrag für die Binnennachfrage.

## Rahmenbedingungen verbessern!

Hartz IV hat nicht nur die Situation der unmittelbar Betroffenen verschlechtert. Auch die Bedingungen für Gewerkschaften in Tarifverhandlungen höhere Löhne durchzusetzen, hat sich durch die politisch erzwungene Ausweitung von Billigjobs verschlechtert. Um eine Rückkehr zu einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik zu unterstützen fordert ver.di in einem ersten Schritt die schlimmsten Auswirkungen von Hartz IV zurückzunehmen. Dazu gehören vor allem wieder vernünftige Zumutbarkeitskriterien. Wenn Arbeitslose nicht mehr gezwungen sind auch Jobs weit unter

<sup>8</sup> Vgl. DIW-Wochenbericht, Nr. 42 vom 16. Oktober 2007, S. 619.

<sup>9</sup> Vgl. ver.di-Bundesvorstand (Hrsg.): Tarifrunde öffentlicher Dienst, Berlin 2007.

<sup>10</sup> Vgl. Steuervollzug in Deutschland ist ein Skandal, Pressekonferenz von ver.di am 22.10.07, <http://wipo.verdi.de/presse>.

ihrer Qualifikation anzunehmen, sinkt auch wieder der Druck auf die Löhne. Deshalb fordert ver.di auch die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I auf 15 Monate vom 45. Lebensjahr an und auf 24 Monate vom 50. Lebensjahr an. Die Regelleistung des Arbeitslosengeldes II soll von derzeit 347 Euro auf mindestens 420 Euro erhöht werden.

ver.di fordert eine Verlängerung des Arbeitslosengeldes I und eine Erhöhung der Regelleistung des Arbeitslosengeldes II auf 420 Euro.

Auf der anderen Seite müssen die Bedingungen für Leiharbeit verschärft werden. ver.di fordert gleiche Arbeitsbedingungen und gleichen Lohn („equal pay“) vom ersten Tag an. Es muss darüber hinaus gesetzlich sichergestellt werden, dass Leiharbeit nicht Normalarbeitsverhältnisse ersetzt.

Zur weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen ist ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Arbeit, Bildung und Umwelt in Höhe von 40 Milliarden Euro notwendig. Das würde über 1.000.000 neue Jobs bringen.<sup>11</sup>

Wir brauchen den gesetzlichen Mindestlohn und ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Arbeit, Bildung und Umwelt – jetzt!

Gleichzeitig muss vor allem den immer stärker um sich greifenden Armutslohnen ein Riegel vorgeschoben werden. Dazu brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn. Er zieht eine Untergrenze ein und stabilisiert das gesamte Lohngefüge. Durch den hierdurch ausgelösten Nachfrageeffekt würden sogar dauerhaft 100.000 neue Arbeitsplätze entstehen.<sup>12</sup> Ein Mindestlohn schließt bessere tarifliche Regelungen selbstverständlich nicht aus. ver.di fordert zusammen mit dem DGB einen gesetzlichen Mindestlohn, der zunächst 7,50 Euro betragen und dann schnell auf neun Euro steigen soll.<sup>13</sup>

---

<sup>11</sup> Vgl. ver.di-Bundesvorstand (Hrsg.): In unsere Zukunft investieren – für Arbeit, Bildung, Umwelt und ein besseres Leben, Berlin 2006.

<sup>12</sup> Vgl. Bartsch, Klaus: Gesamtwirtschaftliche Wirkungen der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes in Deutschland. Gutachten im Auftrag des ver.di-Bundesvorstands, Mai 2007.

<sup>13</sup> Vgl. ver.di-Bundesvorstand (Hrsg.): Arm trotz Arbeit? Wir brauchen den gesetzlichen Mindestlohn, 2. Auflage, Berlin 2006.